

Metamorphose?

Nach der Entscheidung für Berlin als Regierungssitz

Der Deutsche Bundestag hat sich die Entscheidung für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz nicht leicht gemacht. Die knappe Mehrheit von nur 18 Stimmen und das Scheitern aller Kompromiß- und Konsensmodelle drückten noch einmal aus, wie umstritten die Entscheidung nicht nur unter den Abgeordneten in Bonn, sondern in der deutschen Bevölkerung war. Eine *Volksabstimmung* hätte die Bevölkerung wohl nach ähnlichen Größenordnungen in „Bonner“ und „Berliner“ geteilt. Waren die oft hitzigen, gelegentlich wenig toleranten Vorgefachte hüben wie drüben von zwar verständlichem, aber doch kleinteiligem Lobbyismus geprägt, so gehörte die Bundestagsdebatte, durch die die Entscheidung, so wie sie gefallen ist, herbeigeführt wurde, zu den eindrucksvollsten parlamentarischen Auseinandersetzungen, die ein gesamtdeutsches Parlament je erlebt hat. Die Meinungsgegensätze quer zu den Partei- und Fraktionsgrenzen bekamen der politischen Debatte offensichtlich. Ähnliche Konstellationen wünschte man sich öfters, besonders dort, wo anders als bei der Hauptstadtfrage nicht mehr oder weniger patriotische Gefühle, sondern Gewissensgründe im Spiele sind: Zum Beispiel bei der in absehbarer Zeit zu erwartenden Entscheidung über ein gesamtdeutsches Abtreibungsstrafrecht. Da besonders wäre weniger Parteilichkeit und Fraktionszwang als vielmehr die freie Gewissensentscheidung der Abgeordneten gefragt.

In der Vorphase der Entscheidung war gelegentlich zu hören, durch Berlin werde Deutschland zu einer *anderen Republik*. Dies ist auf mittelbare Sicht jedenfalls eine Übertreibung und zugleich ein Argument von nur halber Geltung. So entscheidend kann die Hauptstadtfrage für ein Land wie Deutschland nicht sein, daß sich

durch den Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin das politische Selbstverständnis und das nationale Profil des Landes grundlegend ändern. Entscheidend dafür sind die Verfassungsqualität des Staates und seine politischen Institutionen, nicht die Hauptstadt. Es anders sehen hieße den Symbolwert mit dem Realwert verwechseln. Und die alte Bonner Republik kann ein vereintes Deutschland ohnehin nicht mehr sein.

Auch wenn der Beitritt der ehemaligen DDR bzw. der neuen Bundesländer nach Art. 23 GG erfolgt ist und das Grundgesetz der (alten) Bundesrepublik ohne einschneidende Veränderungen die gemeinsame Verfassung Gesamtdeutschlands bleibt, kann Gesamtdeutschland nicht die um die neuen Bundesländer erweiterte Bundesrepublik nach Bonner Muster bleiben, auch nicht unter der Voraussetzung, daß die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen beiden Teilen des Landes in absehbarer Zeit gelingt. Die Metamorphose hat bereits mit dem Einigungsprozeß begonnen. Berlin mag die Entwicklung verstärken, ihr einen besonderen Akzent geben, aber nicht mehr. Bereits mit der Einigung haben sich die Gewichte nach innen und nach außen verschoben.

Nach innen mischen sich die Mentalitäten und Politikerwartungen neu. Nach außen haben sich die Aufgaben und Verantwortlichkeiten geändert. Ob es gefällt oder nicht, das vereinte Gesamtdeutschland mit der wiedererlangten vollen Souveränität kann politisch nicht länger im Windschatten des Weltgeschehens leben. Daran gemessen war die Hauptstadtfrage immer schon Nebensache.

Dennoch dürften die Auswirkungen Berlins als Regierungs- und Parlamentssitz beträchtlich sein. Der im Prozeß der Vereinigung ohnehin geschwächte *Föderalismus* wird durch die Entscheidung für Berlin gewiß nicht gestärkt, vielmehr weiter geschwächt. Freilich ist auch das ein Argument von nur halbem Wert. Da eine Neuumschreibung der Bundesländer nicht nur im Prozeß der Vereinigung – weil dort nicht leistbar – aus-

geblieben ist, sondern als Zielsetzung Theorie bleibt, hat sich der deutsche Föderalismus auch ohne Berlin bereits entscheidend geschwächt.

Aber das große Berlin wird auch auf die Wirtschaft des Landes anders wirken als das kleine Bonn und gewiß auch auf das politische Klima und auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen. Die regionalen Gleichgewichte werden sich merklich verschieben. Ob die östlichen Bundesländer, für die sich an Berlin gleichsam die Identitätsfrage entschied, auf die Dauer glücklich werden, wird sich zeigen. Eigenartig mutet nach wie vor an, daß im Streit um den künftigen Regierungssitz das *europäische Argument* entweder überhaupt nicht oder nur als letztlich nicht ernst gemeintes Trostpflaster für Bonn zum Zuge kam. Gelegentlich war davon die Rede, Bonn als kleine Metropole im westeuropäischen Gravitationsfeld könne sich für europäische Institutionen attraktiv machen. Umgekehrt wären ein Paar Schuhe daraus geworden. Mit dem politischen Umbruch im ehemals kommunistischen Herrschaftsbereich wird sich die europäische Achse über kurz oder lang nach Osten verschieben. Das EG-Europa wird sich nach Osten öffnen müssen oder seine Funktion verlieren. Deutschland rückt damit buchstäblich in Europas Mitte. Berlin, Prag, Wien, Rom könnten so die künftigen Europametropolen werden. Seltsame Europäer, die sich *jetzt* darüber keine Gedanken machen. se

Belastet

Bemühungen um Verbesserung der katholisch-orthodoxen Beziehungen

Die katholisch-orthodoxen Beziehungen seien in die schwerste Belastungsprobe seit zwanzig Jahren geraten. Diese Einschätzung brachte eine Delegation der in Wien angesiedelten Stiftung „Pro Oriente“ von einem fünftägigen Besuch in der Sowjetunion Anfang Juli mit. Wie schwierig die Situation derzeit ist, läßt sich nicht